



**Dr. Dagmar Enkelmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
1. Parlamentarische Geschäftsführerin Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 78 220  
☎ (030) 227 – 76 219  
✉ dagmar.enkemann@bundestag.de

# Pressemitteilung

---

Berlin, 09. August 2010

## **Enkelmann gegen Verkürzung der Klagerechte bei CCS**

**Bundestagsabgeordnete antwortet auf Offenen Brief der Initiative Mahnwache Letschin**

„Umstrittene Technologien wie CCS erfordern maximale Transparenz und Bürgerbeteiligung. Tricks wie Auslagerung der Haftung in eine Billig-Tochter, wie es Vattenfall offensichtlich vorhat, sind fehl am Platze. Auch Klagerechte beschneiden zu wollen, um CCS beschleunigt durchzudrücken, widerspricht dem demokratischen Selbstverständnis der LINKEN“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) in Antwort auf den Offenen Brief der Initiative Mahnwache Letschin an sie. Das Bündnis hatte die Abgeordnete in dem kürzlich veröffentlichten Schreiben um Unterstützung der CCS-Gegner in Brandenburg gebeten.

Enkelmann weiter: „Ich teile die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, dass ihr Widerstand gegen die unterirdische CO<sub>2</sub>-Einlagerung möglicherweise auf kaltem Wege ausgehebelt wird. Ich habe deshalb bereits vor einiger Zeit signalisiert, dass ich mich an möglichen Klagen auf dem Rechtsweg beteiligen werde.“ Im Zuge der parlamentarischen Behandlung im Bundestag werde die Fraktion DIE LINKE. Vorschläge einbringen, mit denen die Sicherheitsforschung zu CCS und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Einklang gebracht werden sollen.

Enkelmann begrüßt in diesem Zusammenhang auch die Klarstellung seitens der Landtagsfraktion der LINKEN, dass eine Einschränkung des Rechtswegs bei CCS nicht zu einer höheren Akzeptanz vor Ort beiträgt. Die Bundestagsabgeordnete erinnert zudem die Landesregierung an die gegebene Zusage, CCS-Erkundungsbohrungen nicht gegen den Willen der Grundstückseigner durchzusetzen. „Soll dies kein leeres Versprechen sein, muss die Landesregierung gegenüber dem Bund aktiv werden“, fordert Enkelmann. Denn der CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung sehe bislang vor, dass Grundstückseigner entsprechende Arbeiten auf ihren Grundstücken zu dulden hätten, auch Enteignungen seien zulässig. Die Genehmigungshürden für Forschungsspeicher, wie sie im Oderbruch geplant sind, seien dabei noch niedriger. „Das ist nicht zu akzeptieren“, so Enkelmann.